Beschluss (vorläufig) Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Gremium:	Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum:	20.04.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

Antragstext

Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag. Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz und ganz Deutschland.

Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant. Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander, geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen, Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und Gruppen und einzelne engagierte Bürger*innen stehen für Demokratie und Vielfalt ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

Rechtsextreme Netzwerke auflösen

Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und ermordet.

Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen

Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein, diese wohlbedacht zu korrigieren.

Hass als Geschäftsmodell unterbinden

Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel, die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter, der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

Korruption und autoritäre Einflussnahme bekämpfen

Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten suchen die bewusste Nähe zu den autoritären Regimen dieser Welt. Hand in Hand verfolgen sie das gemeinsame Ziel, die liberale Demokratie zu zerstören. Dabei greifen sie auch auf staatlich organisierte Desinformationskampagnen zurück, die das Vertrauen in unsere rechtsstaatlichen Institutionen und demokratische Prozesse untergraben, unsere Gesellschaft spalten und Demokratinnen und Demokraten diskreditieren. Die transnationale Zusammenarbeit der Demokratiefeinde ist dabei durch intransparente Geldflüsse, Korruption und mafiöse Strukturen geprägt.

Jeglicher Versuch der autoritären Einflussnahme ist eine Gefahr für unsere nationale Sicherheit. Es ist daher dringend notwendig die Kompetenzen unsere Sicherheitsbehörden in der Abwehr dieser weiter zu stärken. Ebenso fordern wir eine nationale Sensibilisierungsoffensive für die Gefahren von Desinformation, Einflussnahme und Korruption, mit der eine gesamtgesellschaftliche, demokratische Resilienz gefördert wird.

Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

Recht durchsetzen, Demokratie auch im Netz verteidigen

Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben verändert. Sie haben viele positive Effekte, dienen jedoch auch als Brandbeschleuniger für Hass, Hetze, der Verbreitung rechtsextreme Devotionalien und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User*innen werden mit rechtsextremen und hasserfüllten Inhalten überschüttet.

Mit dem Digital Services Act und seiner jüngst beschlossenen nationalen Umsetzung im Digitale-Dienste-Gesetz, gibt es einen neuen, umfassenden Rechtsrahmen für Plattformbetreiber*innen. Dieser muss nun durchgesetzt und mit Leben gefüllt werden. Rechtswidrige Inhalte müssen schneller gelöscht werden und gerade Plattformen, die für rechtsextreme Anwerbeversuche genutzt werden wie Gaming-Portale, stärker in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus gilt es, die Strafverfolgung im Netz zu intensivieren und den Druck auf nationaler und europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber*innen weiter zu erhöhen, ihren gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich nachzukommen.Strafverfolgungsbehörden müssen zudem die nötige Sensibilität und personellen Ressourcen entwickeln, um Rechtsverstöße im Netz noch konsequenter und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu verfolgen.

Mit dem neuen Beirat bei der Koordinierungsstelle für Digitale Dienste der Bundesnetzagentur stärken wir die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Durchsetzung des Digital Services Act. Darüber hinaus steigern wir mit Projekten wie „Scroll nicht weg“ die digitale Zivilcourage im Netz und empowern Menschen, im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz ist weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement und Gegenrede notwendig, um unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu erhalten.

Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an, demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler*innen im Laufe ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten. Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen einzuführen.

Engagierte und Betroffene besser schützen

Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.

Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir Auskunftssperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort einen Beitrag leisten.

Rechtsextreme konsequent entwaffnen

Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede davon ist eine zu viel.

Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für unsere Demokratie. Die rheinland-pfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie

angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

Zu den Instrumenten der wehrhaften Demokratie zählt auch ein mögliches Parteiverbotsverfahren. Damit ein solches Verfahren von allen zuständigen Verfassungsorganen, also Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, intensiv geprüft werden kann, braucht es eine umfangreiche Materialsammlung. Wir fordern daher unsere Sicherheitsbehörden dazu auf, die richtigen Lehren aus vergangenen Parteiverbotsverfahren zu ziehen und eine rechtssichere Materialsammlung, die auch die Jugendorganisation der AfD umfasst, anzulegen.